

Protokoll 198. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 11. Dezember 2013, 14.15 Uhr bis 16.31 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Abele (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretär Mark Richli (SP)

Anwesend: 125 Mitglieder

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|--------------------------|--|-----------|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2013/412 | * Weisung vom 27.11.2013:
Liegenschaftsverwaltung, Ergänzung von Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Bauträgerinnen mit einer Verlängerungsoption von 2 x 15 Jahren | FV |
| 3. | 2013/413 | * Weisung vom 27.11.2013:
Liegenschaftsverwaltung, Kauf der Gewerbe- und Wohnliegenschaft Röschibachstrasse 24/26, Quartier Wipkingen, von der Zürcher Kantonalbank ZKB; Abschluss eines befristeten Mietvertrags über Gewerbe- und Büroflächen mit der Verkäuferin | FV
VHB |
| 6. | 2013/309 | Weisung vom 11.09.2013:
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf | FV |
| 9. | 2013/420 | E Postulat von Walter Angst (AL) vom 27.11.2013:
Definierung eines Budget-Plafonds für alle IT-relevanten Ausgaben der laufenden Rechnung | FV |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

G e s c h ä f t e**4562. 2013/412****Weisung vom 27.11.2013:**

Liegenschaftenverwaltung, Ergänzung von Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Bauträgerinnen mit einer Verlängerungsoption von 2 x 15 Jahren

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 9. Dezember 2013

4563. 2013/413**Weisung vom 27.11.2013:**

Liegenschaftenverwaltung, Kauf der Gewerbe- und Wohnliegenschaft Röschibachstrasse 24/26, Quartier Wipkingen, von der Zürcher Kantonalbank ZKB; Abschluss eines befristeten Mietvertrags über Gewerbe- und Büroflächen mit der Verkäuferin

Zuweisung an die SK FD gemäss Beschluss des Büros vom 9. Dezember 2013

4564. 2013/309**Weisung vom 11.09.2013:**

Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf

Beratungsgrundlagen:

- Zahlenteil (Entwurf des Stadtrats) vom 11.09.2013
- Produktegruppen-Globalbudgets (Entwurf des Stadtrats) vom 11.09.2013
- Novemberbrief vom 06.11.2013
- Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 25.11.2013
- Anträge der RPK vom 25.11.2013, einschliesslich Anträge von Ratsmitgliedern und Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Namens der RPK nimmt der Präsident Roger Liebi (SVP) Stellung.

(Fraktionserklärungen siehe Protokoll-Nrn. 4565 – 4571)

An den nachfolgenden Fraktionserklärungen werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4565. 2013/433**Erklärung der SP-Fraktion vom 11.12.2013:**

Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der SP-Fraktion verliest Min Li Marti (SP) folgende Fraktionserklärung:

Grund zur Vorsicht, aber kein Grund zur Panik

Das vom Stadtrat vorgelegte Budget 2014 für die Stadt Zürich prognostiziert ein Minus von über 230 Millionen Franken. Dieses negative Ergebnis ist wesentlich auf ausbleibende Steuererträge zurückzuführen. Das Eigenkapital beträgt noch 450 Millionen Franken. Entsprechend gibt es keinen Grund zur Panik, wie sie von bürgerlicher Seite verbreitet wird. Doch ist Vorsicht angebracht: Um mittelfristig einem Bilanzfehlbetrag vorzubeugen, wird die SP in der diesjährigen Budgetdebatte einigen Kürzungsanträgen zustimmen. Die SP hat Aufträge an Dritte, Doppelspurigkeiten in der Verwaltung, Stellenschaffungen und Bauprojekte kritisch überprüft und trägt dort Kürzungen mit, wo dies ohne böse Folgen für Bevölkerung und Personal möglich ist. Wir respektieren die Volksentscheide, die einen Ausbau der Kinderbetreuung, günstigen Wohnraum und mehr Velowege verlangen.

Das vorgelegte Budget zeigt, dass Zürich auf der Einnahmenseite ein Problem hat: Die gesamten Steuererträge gehen im Vergleich zum Budget 2013 leicht zurück. Dabei haben die Einnahmen aus Steuern der juristischen Personen etwas zugenommen, ebenso die Einnahmen aus der Grundstückgewinnsteuer, während die Einnahmen aus der Quellensteuer wieder zurückgegangen sind. Wir halten fest: Seit der Bankenkrise fehlen der Stadt Zürich jährlich 400 Millionen Gewinnsteuern der Grossbanken; gleichzeitig werden von denselben Banken weiterhin fröhlich Boni ausbezahlt. Die Steuergeschenke auf kantonaler und auf Bundesebene – man denke nur an den «Bschi» mit der Unternehmenssteuerreform II – bescheren der Stadt Zürich Einnahmefälle in dreistelliger Millionenhöhe. Weitere Ausfälle aufgrund geplanter Steuerentlastungen für Vermögende, Grossaktionäre und Konzerne sind absehbar. Die SP wehrt sich entschieden gegen diese Vorhaben und damit gegen die Tendenz, den Gemeinden und deren Bevölkerung immer mehr finanzielle Lasten zu überbürden.

Die Nettoinvestitionen belaufen sich auf 980 Millionen Franken und bleiben damit hoch. Da sich das wirtschaftliche Umfeld weiterhin unsicher präsentiert, ist eine antizyklische Investitionspolitik wichtig. Diese verschafft dem Gewerbe Aufträge und Verdienst. Und nicht zuletzt wächst die Stadt Zürich weiter Richtung 400'000er-Marke: Viele Menschen – darunter auch zahlreiche Familien – wollen in der Stadt wohnen, ihre Kinder hier zur Schule schicken und den ÖV benützen. Hohe Investitionen sind nötig, um zu verhindern, dass die Stadt in einen langfristig kostspieligen Investitionsrückstand gerät, wie dies in den 1990er Jahren passiert ist.

Der Stellenzuwachs findet nicht zufällig vor allem im Gesundheits- und Umweltdepartement sowie im Schul- und Sportdepartement statt. Er ist in den meisten Fällen eine Folge des Bevölkerungswachstums bzw. auf Volksentscheide zurückzuführen. Aber auch die Demographie spielt eine Rolle zum Beispiel beim nötigen Spitalausbau im Triemli oder beim Ausbau der Angebote für ältere Menschen. Die Sozialhilfezahlen bleiben in etwa konstant, während die Zusatzleistungen zu AHV und IV weiter zunehmen.

Die SP hält fest: Die Aufträge, die uns die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger an der Urne gegeben haben, sind klar: Die Stadt Zürich braucht genügend Betreuungsplätze, mehr Velowege und öffentlichen Verkehr sowie günstigen Wohnraum. Auf dieser Grundlage wird die SP in der Budgetdebatte Prioritäten setzen. Entsprechend lehnen wir die Kürzungsanträge von SVP, FDP und Grünliberalen im Bereich des gemeinnützigen Wohnungsbaus ab. Wir wehren uns gegen Kürzungen der Rechten bei ÖV und Velowegen. Und sowieso ablehnen werden wir die rasenmäherartigen Kürzungsanträge der SVP. Diese wird nicht müde zu behaupten, die Stadt Zürich stehe finanziell am Abgrund – gleichzeitig will sie aber auch noch die Steuern senken. Solchem finanzpolitischen Unsinn gilt es entschieden entgegenzutreten.

Die SP steht weiterhin für eine Finanzpolitik mit Augenmass ein, die es erlaubt, knappe Ressourcen gezielt auf die wichtigsten Handlungsfelder zu lenken: Für ein soziales und ökologisches Zürich mit einer prosperierenden Wirtschaft – für alle statt für wenige.

4566. 2013/434

Erklärung der SVP-Fraktion vom 11.12.2013: Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der SVP-Fraktion verliest Roger Liebi (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Der rot-grüne Pleitegeier stürzt sich auf Zürich

Der Budgetentwurf 2014 des rot-grün dominierten Zürcher Stadtrates übertrifft selbst die schlimmsten Befürchtungen der SVP. Ganz besonders noch, wenn man die Erwartungsrechnung 2013 und den AFP 2014 - 2017 mit einbezieht. Der tief rot-grüne Stadtrat plant ein Defizit von 240 Millionen Franken. Die Erwartungsrechnung 2013 driftet auf ein Defizit von rund 100 - 120 Millionen Franken ab, anstelle der mit Budget 2013 geplanten 40 Millionen Franken. Besonders bedrohlich sind diese Zahlen, wenn man noch einen Schritt weitergeht und den Aufgaben- und Finanzplan 2014 - 2017 betrachtet. Darin zeigt der Stadtrat selber die Zahlen auf: 2015 ein Defizit von 304 Millionen, 2016 ein Defizit von 422 Millionen und 2017 nochmals ein Minus von 441 Millionen Franken. Kumuliert seit 2013 würden also rund 1.5 Milliarden Franken mehr ausgegeben als eingenommen. Bis 2017 droht ein massiver Bilanzfehlbetrag. Unter Berücksichtigung des aktuellen Eigenkapitalbestandes wird die Stadt Zürich bis dann eine Unterdeckung von 600 Millionen Franken aufgetürmt haben. Dabei ist die Schuld gegenüber der Pensionskasse von über 300 Millionen Franken noch nicht einmal eingerechnet. Zur Erinnerung - mit der Ausgliederung der Pensionskasse wurden ganz einfach die Schulden der Stadt gegenüber den Pensionären sogenannt aktiviert. Anders gesagt - man nahm eine Art Darlehen bei der Pensionskasse auf, das alljährlich zu 4.5 Prozent zu verzinsen ist. Eine lukrativere Anlage ohne Kursschwankung könnte sich die Pensionskasse wohl nirgends beschaffen. Das alles zu Lasten des Steuerzahlers.

Um es klar zu sagen: Ein Bilanzfehlbetrag würde in der Privatwirtschaft den Konkurs bedeuten!

Es ist geradezu selbstredend, dass unter solchen Umständen auch die Schulden steigen müssen. Betrug die Bruttoschuld 2003 noch 7.07 Milliarden Franken, so sollen es 2017 schon 12.7 Milliarden Franken sein. Das geht nicht auf Kosten der aktuellen Politiker. Diese Bürde tragen die Bürgerinnen und Bürger dieser

Stadt und insbesondere deren Kinder! Jeder Säugling, jede Bürgerin, jeder Bürger hat, ohne dass es die meisten von Ihnen wissen, Schulden gegenüber der Stadt in Höhe von 24'615 Franken, 2017 werden es über 30'000 Franken sein, das Bevölkerungswachstum eingerechnet.

Die rot-grüne Politik hat es fertiggebracht, das zeigen diese Zahlen eindrücklich, die Stadt Zürich innert 10 Jahren, trotz Rekordsteuereinnahmen, zumindest an den Rand des Ruins zu treiben. Immer wieder haben der Stadtrat und dessen Fraktionen im Gemeinderat darauf gesetzt, dass die überproportional steigenden Ausgaben mit sich wundersam entwickelnden Steuereinnahmen gedeckt werden könnten. Genauso funktionieren Zocker! Früher oder später bleibt Zockern nur noch der Weg zum Sozialamt. Der Unterschied ist, dass beim Gemeinwesen der Steuerzahler als Sozialamt dient.

Werden nicht schleunigst Massnahmen gegen diese horrenden Defizite und das Schuldenwachstum ergriffen, dann drohen massive Steuererhöhungen. Geht man davon aus, dass ein Steuerprozent rund 15 Millionen Franken entspricht und dass ein Bilanzfehlbetrag innerhalb von fünf Jahren abgetragen werden muss, so lässt sich unschwer erkennen, dass nicht einmal mehr eine Steuerfusserhöhung von 119 Prozent auf den Maximalsatz von 130 Prozent reichen würde, das Defizit zu decken.

Wer erwartet hatte, dass wir angesichts dieser verheerenden Zahlen mit dem Budget 2014 erste Massnahmen im Rahmen des Anfangs 2013 grossspurig angekündigten Sparprogrammes 17/0 vorgelegt erhalten würden, wurde natürlich enttäuscht.

Wer so verantwortungslos mit dem hart erarbeiteten Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger, der Gewerbetreibenden und anderer Wirtschaftssubjekte umgeht, der hat nur eines verdient: Die ROTE KARTE. Nicht nur anlässlich der Budgetberatung, sondern ganz besonders auch bei den anstehenden Stadt- und Gemeinderatswahlen.

Es sei klar gesagt: Rot/Grün ist mittlerweile nicht mehr nur eine latente, sondern eine echte Gefahr für Wohlstand, Wohlfahrt und Wirtschaftsstandort Stadt Zürich. Die SVP will kein zweites Detroit, keine griechischen, keine französischen Zustände, keine Brückensperrungen wie in den Pleitestädten des roten Nordrhein Westfalen aufgrund mangelnder Liquidität.

Eine solch katastrophale Budgetvorlage hätte eigentlich nur eine einzige Antwort kennen dürfen: Zurück an den Absender. Der Stadtrat hatte allerdings bei der letzten Budgetrückweisung mehr durch Trotzköpfigkeit, denn durch ernst gemeinte Verbesserung des Budgets zugunsten der Steuerzahler gegläntzt. Die SVP hat die Zügel in die Hand genommen und Anträge mit einem Einsparungspotential von netto total über 270 Millionen Franken entweder selber erarbeitet oder unterstützt. Damit ist sogar eine Steuersenkung möglich, die dem wichtigsten Wirtschaftsstandort der Schweiz wahrlich gut anstehen würde.

Wir sind in diesen Tagen alle aufgerufen, auch „heilige Kühe“ im städtischen Haushalt zu opfern. So gilt es speziell in den Bereichen Soziokultur, Kulturförderung, Sozial- und Asylwesen, Kinderbetreuung, Umbau des Verkehrs, Kosten von Hochbauten etc. den Rotstift anzusetzen. Die Stadt Zürich muss sich kurz- und mittelfristig auch von allen Tätigkeiten trennen, welche nicht auch Private ausführen können.

Seit 2007 warnen wir vor den Auswirkungen der Finanzkrise auf die Stadtzürcher Finanzlage. Seit 2007 sprechen wir von systemischem Defizit. Wie immer, wurden unsere Warnungen in den Wind geschlagen und der Begriff systemisch als lächerlich abgetan. Mittlerweile ist es nachhaltige Realität. Die SVP spricht Klartext. Das ist nicht immer angenehm. Es ist aber glaubwürdig und verantwortungsvoll. Es fordert nicht nur von den Parteien, sondern auch von den Bürgerinnen und Bürgern ein Umdenken - nicht nur für sich selbst, sondern im Besonderen für die kommenden Generationen.

4567. 2013/435

Erklärung der FDP-Fraktion vom 11.12.2013: Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der FDP-Fraktion verliest Dr. Urs Egger (FDP) folgende Fraktionserklärung:

Dank Rot-grün und GLP wird ein Riesendefizit für 2014 bleiben

Das erste Budget des grünen Stadtrats Daniel Leupi war schon bei der Ankündigung mit 213 Millionen Franken tiefrot. Mit dem Novemberbrief wurde das Defizit noch auf 230 Millionen erhöht. Das grosse Defizit kommt zustande, obwohl die Steuereinnahmen mit 2.515 Milliarden Franken einen neuen Rekordwert erreichen. Offenbar ist sich der rot-rot-grüne Stadtrat der kritischen Lage der Stadtfinanzen nicht wirklich bewusst. So sollen über 350 neue Stellen vor allem in den Bereichen Gesundheit und Schulen geschaffen werden. Aber auch die überteuerten Investitionen in Velowege und Schulhäuser werden fröhlich vorangetrieben. Die Durchsicht des Budgets und die Antworten der Verwaltung auf die Fragen der RPK lassen keinen ernsthaften Sparwillen erkennen. Wenn die Aufgabenprüfung 0/17 so angegangen wird wie im Vorschlag 2014, kann man jetzt schon voraussagen, was dabei herauskommen wird: nämlich nichts!

Die rot-grüne Mehrheit im Parlament, verstärkt durch die GLP, hatte vollmundig angekündigt, ebenfalls Sparpotentiale im Budget auszumachen. Nach der Bearbeitung des Budgets in der RPK bleibt davon nichts mehr übrig. Ganz klar ins rot-grüne Lager hat sich die GLP geschlagen, sind von ihr doch kaum Anträge zur

Ausgabenreduktion eingereicht worden. Sie trägt kaum einen Sparantrag von FDP und SVP mit. Offenbar sucht sie ihr Heil für die Stadtratswahlen auf der linken Seite. Liberal Ade – grün Ahoi!

Angesichts der langfristig schlechten Finanzaussichten hat sich die FDP intensiv mit dem Budget 2014 auseinandergesetzt und Kürzungsanträge im Ausmass von 113 Millionen Franken für die laufende Rechnung eingebracht. Mit Kürzungen bei den Investitionen lassen sich nochmals 4.6 Millionen einsparen. Sie unterstützt weitere Kürzungen der SVP und von andern Parteien, womit sich insgesamt 212 Millionen einsparen liessen. Somit könnte das vom Stadtrat vorgelegte Defizit vermieden werden. Die FDP hat Schwerpunkte bei den überbeuerten Bauten des Tiefbaudepartementes, unnötigen Stellenschaffungen in diversen Departementen und die Aufhebung von nicht dringend notwendigen Aktionen im öffentlichen Raum gesetzt. Leider werden diese Bemühungen zur Verbesserung der städtischen Finanzen von den nicht-bürgerlichen Parteien nicht mitgetragen. Dieses Verhalten von Rot-grün inklusive GLP kann nur als unverantwortlich bezeichnet werden. Ganz offensichtlich nehmen sie ihre Verantwortung gegenüber den Zürcher Steuerzahlenden nicht wahr. In der Budgetdebatte erhalten sie nochmals eine Chance, mit den bürgerlichen Kräften zusammen das Defizit zu reduzieren. Sollte dies zu keinen Ergebnissen führen und das Budgetdefizit nur unwesentlich verringert werden, wird die FDP den Voranschlag 2014 ablehnen.

Wenigstens für 2014 wollen die meisten Parteien des rot-grünen Bündnisses den Steuerfuss noch bei 119% belassen. Etwas anderes können sich diese Parteien im laufenden Wahlkampf auch gar nicht leisten. Angesichts des offensichtlich fehlenden Sparwillens von Rot-Grün-Grünliberal liegt es aber auf der Hand, dass diese Parteien in einem der folgenden Jahre eine Steuerfusserhöhung fordern und durchsetzen werden. Die FDP nimmt rot-grün in die Pflicht, auch in Zukunft auf Steuererhöhungen zu verzichten. Sonst wäre es simple Wahlkampfaktik gewesen. Ehrlich währt am längsten – das sollte auch in der Politik gelten.

4568. 2013/436

Erklärung der Grüne-Fraktion vom 11.12.2013: Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der Grüne-Fraktion verliest Karin Rykart Sutter (Grüne) folgende Fraktionserklärung:

Budget 2014: Wachstumsschmerzen behandeln, aber ohne hysterische Sparübungen

Die Grünen sind die einzige Partei, die eine seriöse Wachstumskritik betreibt. Man braucht kein Hellseher zu sein um zu merken, dass die momentane Finanzlage der Stadt Zürich ihrem Wachstum geschuldet ist. Wachstum verursacht – und das ist wissenschaftlich gut belegt – zu Beginn immer nur Kosten, bei den Investitionen und im Betrieb. Erst längerfristig – manchmal aber auch gar nie – gibt es so etwas wie einen Return on Investment. Das merken momentan die Winterthurer, aber auch kleinere Städte wie Schlieren oder Adliswil.

Die Stadt Zürich befindet sich nach wie vor in einer Wachstumsphase. Mit der steigenden Zahl von EinwohnerInnen wächst auch die Notwendigkeit des Ausbaus von Infrastruktur und Dienstleistungen. Gleichzeitig verharren die Steuereinnahmen auf einem rekordhohen Niveau, wachsen aber auch nicht im Gleichschritt mit den dafür notwendigen Mehrausgaben. Entscheide, wie die Unternehmensteuerreform II oder die Steuergesetzesrevision betreffend den juristischen Personen im Kanton Zürich, zeigen hier auch ihre negativen Auswirkungen. Erschwerend kommt hinzu, dass der Kanton immer neue Aufgaben und damit Mehrbelastungen auf die einzelnen Gemeinden abwälzt. Im Gesundheitsbereich kann dies exemplarisch aufgezeigt werden.

Die Grünen haben das Budget 2014 genau studiert. Wir sind der Ansicht, dass die finanzielle Lage der Stadt Zürich zu Besorgnis Anlass gibt. Dies insbesondere mit Sicht auf die kommenden Jahre. Es gilt mit allen Mitteln einen Bilanzfehlbetrag nach 2016 zu verhindern, denn ein solcher würde die Handlungsfähigkeit der Stadt massiv einschränken. Deshalb ist es richtig, dass wir über neue Plafonds z.B. bei den IT-Ausgaben diskutieren. Auf die Investitionsausgaben muss ein kritischer Blick geworfen werden, denn der budgetierte Selbstfinanzierungsgrad von 40,5 Prozent ist auch in unseren Augen deutlich zu tief. Es ist uns zwar bewusst, dass heute die Nettozinslast sehr klein ist, weil das Geld auf dem Markt billig zu haben ist. Aber dies wird nicht immer so bleiben.

Auf Teufel komm raus, versucht eine Minderheit im Gemeinderat ein ausgeglichenes Budget 2014 zu erreichen. Dass dies wenig mit seriöser Arbeit zu tun hat, zeigen auch dieses Jahr wieder unzählige unsinnige, absurde oder im besten Fall einfach nur unmögliche Anträge. Zum Beispiel ein Kürzungsantrag von 10 Millionen Franken bei den Löhnen der Lehrkräfte mit der Begründung, dass im Hinblick auf die Einführung von Halbtageschulen weniger Ausgaben nötig sein werden. Dass die Halbtageschule nicht von heute auf morgen eingeführt werden kann – beziehungsweise vom jetzigen Schulvorsteher in den letzten 8 Jahren diesbezüglich kaum Anstrengungen unternommen wurden - wird einfach ignoriert.

Die finanzielle Lage der Stadt Zürich ist ernst – aber nicht dramatisch. Die Grünen haben deshalb fast 50 Kürzungsanträge gestellt und auf Anträge, welche das Budget verschlechtern, verzichtet. Wir werden auch weitere seriöse Kürzungsanträge unterstützen. Wir wissen, dass knapp 80 Prozent der städtischen Ausga-

ben nicht durch die Stadt selber beeinflusst werden können. Deshalb werden wir auch nicht in Hysterie ausbrechen und auf Teufel komm raus, Sparanträge unterstützen, welche in unseren Augen diesem Fakt widersprechen und daher wenig oder gar keinen Sinn machen. Wir wollen weiterhin eine funktionierende Stadt und nicht ein Chaos anrichten. Zudem sind wir nach wie vor überzeugt, dass es für eine sinnvolle Entwicklung der Stadt

- mehr Veloinfrastruktur und einen sinnvollen Ausbau des öffentlichen Verkehrs
- mehr bezahlbaren Wohn- und Gewerberaum
- eine ausreichende Zahl an Hortplätzen
- die Sicherung des vorhandenen Grünraums
- Griffige Massnahmen für das Erreichen einer 2000-Watt-Gesellschaft

braucht. Hier wissen wir eine Mehrheit der Bevölkerung hinter uns. Und hier werden wir keine Abstriche machen. Schliesslich erwarten die Leute ausserhalb dieses Rathauses, dass wir seriös arbeiten und Mehrheiten bei Abstimmungsergebnissen respektieren und die Anliegen auch umsetzen. So wie wir es ihnen versprochen haben. Die Grünen bleiben diesbezüglich berechenbar – auch kurz vor den Wahlen!

4569. 2013/437

Erklärung der GLP-Fraktion vom 11.12.2013: Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf

Namens der GLP-Fraktion verliest Samuel Dubno (GLP) folgende Fraktionserklärung:

Es gibt viel zu tun – nicht nur im Dezember

Das budgetierte Defizit ist happig und kein überzeugender Wurf des Stadtrats. Die Möglichkeiten zur Korrektur im Rahmen der Budgetdebatte sind bedauerlicherweise limitiert.

Der Voranschlag 2014 weist ein Defizit von deutlich über 200 Millionen Franken aus. Das ist happig. Da auch die laufende Rechnung schwächer ausfallen wird als budgetiert, wird gegen Ende 2014 ungefähr die Hälfte des vorhandenen Eigenkapitals aufgebraucht sein. Keine erfreulichen Aussichten. Dabei wirkt der amtierende Stadtrat wenig überzeugend. Erstens hätten wir uns eine Verzichtsplannung gewünscht, die diesen Namen verdient. Zweitens stellt der STR diverse Aufwendungen ins Budget, die angesichts der finanziellen Lage kaum nachvollziehbar sind und von wenig taktischem Geschick zeugen. Wer sich an die ewigen (und wiederkehrenden) Diskussionen über den Hafenkran erinnert, kann beispielsweise kaum verstehen, dass der Stadtrat fürs kommende Jahr ein Kunstprojekt budgetiert, das den Klang der VBZ -Depots nach aussen tragen soll. Ebenfalls unverständlich ist der Antrag des Stadtrats den freien Kredit zu erhöhen oder 600'000 Franken für Kosteneinsparungen zu budgetieren. Und damit zu drittens: Das Projekt 17/0 muss entschlossener angegangen werden. Der Stadtrat sollte weniger nach Potenzialen suchen (lassen), sondern Ziele definieren. Man kann sich dem Eindruck einer «Mikado-Situation» kaum entziehen: Der erste Stadtrat, der sich bewegt, hat verloren.

Andererseits

Für alles kann der Stadtrat jedoch auch nicht verantwortlich gemacht werden: Es besteht beispielsweise kein Handlungsspielraum, wenn die Stadt 43 Millionen Franken mehr in den kantonalen Ressourcenausgleich zu zahlen hat oder aufgrund kantonaler Vorgaben zusätzliche 6,5 Millionen an Betreuungsbeiträgen für Eltern mit Kindern in vorschulischen Kindertagesstätten entrichten muss. Auch die Neuorganisation der Spitalfinanzierung bringt noch erhebliche Unsicherheiten mit sich, wie auch der RPK-Bericht festhält. Und wann Grossbanken wieder Steuern zahlen, liegt ebenfalls nicht in der Hand der städtischen Exekutive.

Möglichkeiten der Budgetarbeit

Wir haben das vorliegende Budget intensiv studiert und rund hundert Verbesserungsvorschläge gemacht. Weiter werden wir zahlreiche Anträge von anderen Parteien unterstützen. Anträge auf Verschlechterungen des Budgets unterstützen wir keine. Bei der Abschätzung der voraussichtlichen Reduktion des Defizits waren wir nach dieser Arbeit noch nicht wirklich zufrieden, weshalb wir uns anlässlich der letzten Fraktionssitzung entschieden haben, einen Teil der pauschalen Kürzungen und die tabellarischen Kürzungsanträge zu Beginn der Debatte zu unterstützen. Wir werden auf diesen Konten keine weiteren Kürzungen mehr unterstützen – falls diese Anträge eine Mehrheit finden – und hoffen so auch auf eine Verkürzung der Budgetdebatte. In den geschlossenen Rechnungskreisläufen sind wir noch bei allen Anträgen in der Fahne in der Enthaltung oder Ablehnung. Das wird sich teilweise ändern – punktuell auch ausserhalb dieser Rechnungskreisläufe. Den grössten Spareffekt versprechen wir uns, wenn auch erst mittelfristig, durch die Reduktion von externen Beratungen, Studien, Projekten und dem Nichtgenehmigen von diversen neuen Verwaltungsstellen. Allerdings machen diese Stellen nur einen kleinen Teil des Stellenzuwachs aus. Die neue Stellen in der Pflege und in den Schulen aufgrund der Zunahme von pflegebedürftigen Personen und der Anzahl Kinder sind für uns jedoch mehrheitlich unbestritten. Erschwerend für die Budgetarbeit ist der Umstand, dass ein erklecklicher Teil des städtischen Budgets aus gebundenen Aufwendungen besteht. Das jüngste Urteil des Bezirksrats in Sachen GZA hat – auch wenn es noch nicht rechtskräftig ist – dem Parlament oder zumindest unserer Fraktion wieder einmal mehr als deutlich gezeigt, dass effektive Budgetarbeit über das ganze Jahr und nicht nur im Dezember erfolgen muss.

4570. 2013/438**Erklärung der CVP-Fraktion vom 11.12.2013:
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens der CVP-Fraktion verliest Jean-Claude Virchaux (CVP) folgende Fraktionserklärung:

Die Stärken Zürichs erhalten, Leistungen hinterfragen

Die Fraktion der CVP nimmt das vorliegende Budget 2014 der Stadt Zürich mit grosser Besorgnis zur Kenntnis. Nachdem die jährlichen Aufwandsteigerungen der letzten Jahre regelmässig mit zunehmenden Steuereinnahmen kompensiert werden konnten, zeigt das Budget 2014 der Stadt Zürich und vor allem der Finanzplan der nächsten Jahre stagnierende Einnahmen und stark wachsende Ausgaben. Obwohl die Stadt Zürich zum jetzigen Zeitpunkt noch über eine gesunde Eigenkapitaldecke verfügt, darf dies nicht zum Weiterführen der bisherigen jährlichen Aufwandsteigerungen verleiten - im Gegenteil! Aus diesem Grund wird die CVP Kürzungsanträge unterstützen mit dem Ziel, das für 2014 budgetierte Defizit der Stadt Zürich markant zu reduzieren. Die CVP macht ihre Zustimmung zum Budget 2014 vom Ergebnis der vor uns liegenden Debatte abhängig.

Kostenbewusstsein und Weitsicht müssen die prägenden Begriffe in der Finanzpolitik der Stadt Zürich bleiben und wir fordern den Stadtrat auf, diesen Weg noch konsequenter zu verfolgen. Wir begrüessen daher ausdrücklich die Bemühungen des Stadtrats und der Verwaltung mit der Initialisierung und Umsetzung des Projektes 17/0, die Leistungen der Verwaltung kritisch zu hinterfragen und bestehendes Optimierungspotential auszunutzen.

Gleichzeitig ist für uns wichtig, dass die Stadt Zürich weiterhin als verlässlicher Partner gegenüber Mitarbeitenden und dem Gewerbe auftritt.

Die Verwaltung der Stadt weist mit einem 8-Milliarden-Haushalt eine Grösse auf, wo jede Ausgabe und deren Notwendigkeit einzeln geprüft und insbesondere die neuerlichen Erhöhungen im Budget 2014 kritisch hinterfragt werden müssen. Auch wenn die Anträge in der Regel im Einzelnen gut begründet sind, braucht es eine noch stärkere Kostenkontrolle innerhalb der Verwaltung. Das Parlament darf sich aber ebenfalls nicht aus dieser Verantwortung stehlen - ist es doch dieses Parlament, welches jede Woche neue Forderungen an den Stadtrat überweist. Die Bürger dieser Stadt sind eigenverantwortliche Individuen und wir - das Parlament und der Stadtrat - müssen nichtjedes noch so kleine Detail in dieser Stadt regeln.

Positiv wertet die CVP die weiterhin auf konstantem Niveau verbleibenden Investitionen. Dieser Weg muss weitergegangen werden, denn ein Rückfall in die neunziger Jahre, wo Investitionen immer wieder hinausgeschoben wurden, muss unbedingt vermieden werden.

Die CVP dankt dem Stadtrat und der Verwaltung für ihren unermüdlichen Einsatz für die Stadt Zürich. Ebenfalls danken wir der vorberatenden Rechnungsprüfungskommission für die umfassende und detaillierte Bearbeitung des Budgets 2014.

Die Fraktion der CVP fordert alle Beteiligten der vor uns liegenden Debatte auf, sich auf das Wesentliche zu konzentrieren und damit eine endlose und teure Budgetdebatte ohne Mehrwert für die Stadt Zürich zu verhindern.

4571. 2013/439**Erklärung der AL-Fraktion vom 11.12.2013:
Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf**

Namens der AL-Fraktion verliest Alecs Recher (AL) folgende Fraktionserklärung:

Korrekturmassnahmen nicht auf morgen verschieben

Der Stadtrat hat dem Gemeinderat ein Budget mit einem Defizit von 230 Millionen Franken vorgelegt. Dass die Auswechslung des Kassenwarts in der Halbzeit keine gute Voraussetzung für einen kohärenten Budgetprozess war, das anerkennen wir. Trotzdem hätten wir erwartet, dass der Gesamtstadtrat die notwendigen Korrekturmassnahmen im Voranschlag 2014 – allenfalls nachträglich im Novemberbrief – anpackt. Davon ist jedoch im Budgetentwurf nichts zu finden. Auch die vielfach zitierten „Defizitreduktionen“ im Umfang von 80 Millionen Franken sind zum grossen Teil Luftbuchungen, die keine praktische Wirkung auf die Ausgaben der Stadt haben werden.

Aktuell verfügt die Stadt Zürich noch über ein Eigenkapital von knapp 600 Millionen Franken. Ziel auch des Stadtrates hätte es sein müssen, den Abbau dieses Eigenkapitals im Jahr 2014 entscheidend zu bremsen. Dies hat er klar verfehlt. Damit erhöht sich die Gefahr, dass der notwendige Ausgleich des strukturellen Defizits in den kommenden Jahren nur mit massiven und unnötigen Härten erreichbar sein wird. Das spürt die Bevölkerung nach Wahlen genauso wie vorher.

Vor dieser Ausgangslage mag man zwar ein gewisses Verständnis dafür haben, dass das Gros des Gemeinderates – dem alljährlichen Negativbeispiel der SVP folgend – ein heiteres Budgetraten veranstaltet. Herausgekommen ist eine Flut von Anträgen, die zwar viel Unruhe in der Verwaltung auslös(t)en, die aber keinen nennenswerten Einfluss auf die Ausgaben der Stadt haben werden. Mit diesem Antragswust werdet ihr weder die Finanzen der Stadt Zürich retten noch das Wahlergebnis am 9. Februar ernsthaft beeinflussen.

Die AL geht einen anderen Weg. Wir sehen keinen Anlass für einen panischen Kurswechsel. Unser Ziel ist es, die Schliessung des strukturellen Ausgabenüberhangs in den nächsten Jahren ohne die Kollateralschäden umzusetzen, die hektische Sparprogramme in der Regel auslösen.

- Als Alternative zu konzeptlosen Einzelkürzungen auf den IT-Konten schlagen wir eine langfristige Planfönerung der IT-Ausgaben durch eine von der Verwaltung vorzunehmende Verzichtsplänung vor.
- Nachdem der Gemeinderat bereits den automatischen Teuerungsausgleich für den Fall eines Bilanzdefizits aus dem Personalrecht gestrichen hat, wehren wir uns gegen weitere flächendeckende Sparmassnahmen beim Personal. Wir schlagen stattdessen ein Kaderlohnopfer vor. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt, die mehr als 110'000 Franken verdienen, sollen zeitlich befristet einen Beitrag zur Reduktion des Defizits leisten.
- Damit die für Bildung und Betreuung notwendigen Mittel langfristig gesichert werden können, stimmen wir keinen neuen Verwaltungsstellen zu. Neue Projekte wie die Erhöhung der Nachtpräsenz der Stadtpolizei, die Umsetzung der 2000-Watt-Gesellschaft oder der Masterplan Velo sowie laufende Aufgaben wie die bauliche Planung (AFS, AHB, IMMO) oder das Personalwesen (HRZ) sind mit dem bestehenden Stellenplafond zu bewältigen.
- Um den finanziellen Spielraum der Stadt zu erweitern und eine ruckartige Erhöhung des Steuerfusses zu vermeiden, schlagen wir zum zweiten Mal die Rücknahme der 2007 (sic!) beschlossenen Senkung des Steuerfusses von 122 auf 119 Prozent vor. Bis 2017 würde diese Massnahme den Abbau des Eigenkapitals um rund 200 Millionen reduzieren und Raum schaffen für intelligente Ausgabenreduktionen.

Wir schliessen mit einer Fussnote zum Freisinn. In den letzten 150 Jahren war die FDP die Partei, die sich für Investitionen in die Bildung stark gemacht hat. In den nächsten 40 Jahren werden uns ihre Erben erklären, dass man die alten Bildungsideale des Freisinns auch bei steigenden Schülerzahlen mit deutlich weniger Ressourcen realisieren kann. Sie werden uns erläutern, wie die flächendeckende Einführung der Tagesschule mit weniger Personal, die Mittagsbetreuung ohne den Einkauf zusätzlicher Lebensmittel und die Eröffnung der im Bau befindlichen Schulen und Horte ohne neue Stellen umgesetzt werden kann. Wir kondolieren.

4564. 2013/309

Weisung vom 11.09.2013:

Finanzverwaltung, Budget 2014, Genehmigung Budgetentwurf

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Eintreten ist unbestritten.

Beschlüsse:

S. -	10 3107 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG				
		Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
001.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014 inkl. Nachtrag			Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		2 460 800		-2 460 800	Minderheit	
					Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)	
					Enthaltung Walter Angst (AL)	
		Begründung: Saldokürzung um 30 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle				

3107 0000 Temporäre Aktionen in Öffentlichkeitsarbeit					
Lineare Kürzung um 30 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	8 000		2 400	5 600
1015	Stadtrat	7 500		2 300	5 200
1020	Stadtkanzlei	10 000		3 000	7 000
1080	Friedensrichterämter	1 400		400	1 000
1505	Stadtentwicklung	75 000		22 500	52 500
1506	Fachstelle für Gleichstellung	30 000		9 000	21 000
1530	Bevölkerungsamt	17 000		5 100	11 900
1560	Statistik Stadt Zürich	25 000		7 500	17 500
2500	PD Zentrale Verwaltung	4 900		1 500	3 400
2520	Stadtpolizei	567 000		170 100	396 900
2550	Schutz und Rettung	45 000		13 500	31 500
3000	GUD Zentrale Verwaltung	5 000		1 500	3 500
3010	Städtische Gesundheitsdienste	60 900		18 300	42 600
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	699 700		209 900	489 800
3515	Tiefbauamt	1 262 000	- 300 000	288 600	673 400
3535	ERZ, Abwasser	200 000		60 000	140 000
3550	ERZ, Abfall	390 500		117 200	273 300
3555	ERZ, Fernwärme	98 000		29 400	68 600
3560	ERZ, Stadtreinigung	125 800		37 700	88 100
4500	DIB Zentrale Verwaltung	5 000		1 500	3 500
4540	Verkehrsbetriebe	4 503 200		1 351 000	3 152 200
5000	SSD Zentrale Verwaltung	20 200		6 100	14 100
5010	Schulamt	19 000		5 700	13 300
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	60 000		18 000	42 000
5050	Schulgesundheitsdienste	54 500		16 400	38 100
5063	Fachschule Viventa	145 000		43 500	101 500
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	7 500		2 300	5 200
5530	Kind- und Erw.schutzbehörde	15 000		4 500	10 500
5550	Soziale Dienste	20 000		6 000	14 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	19 600		5 900	13 700
	Total	8 501 700	- 300 000	2 460 800	5 740 900

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 66 gegen 59 Stimmen zu.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3170 0000	Reise- und Spesenentschädigungen des Personals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
002.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		1 467 100	-1 467 100	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Saldokürzung um 20 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3170 0000 Reise- und Spesenentschädigungen des Personals					
Lineare Kürzung um 20 %					
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1000	Gemeinde	3 000		600	2 400
1005	Gemeinderat	32 800		6 600	26 200
1007	Finanzkontrolle	17 000		3 400	13 600
1010	Beauftragte/r in Beschwerdesachen	1 000		200	800
1015	Stadtrat	17 000		3 400	13 600
1020	Stadtkanzlei	41 400		8 300	33 100
1025	Rechtskonsulent	21 000		4 200	16 800
1035	Datenschutzbeauftragte/r	3 500		700	2 800
1070	Betreibungsämter	89 000		17 800	71 200
1080	Friedensrichterämter	1 000		200	800
1500	PRD Zentrale Verwaltung	25 000		5 000	20 000
1501	Kultur	100 500		20 100	80 400
1505	Stadtentwicklung	70 000		14 000	56 000
1506	Fachstelle für Gleichstellung	9 500		1 900	7 600
1530	Bevölkerungsamt	50 000		10 000	40 000
1560	Statistik Stadt Zürich	20 000		4 000	16 000
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	15 000		3 000	12 000
1565	Stadtarchiv	15 000		3 000	12 000
2000	FD Zentrale Verwaltung	40 000		8 000	32 000
2015	Finanzverwaltung	24 000		4 800	19 200
2016	Kompetenzzentrum RVZ	4 200		800	3 400
2021	Liegenschaftenverwaltung	130 000		26 000	104 000
2025	Restaurants	3 000		600	2 400
2027	Gewerbe-Immobilien	1 000		200	800
2050	Human Resources Management	93 200		18 600	74 600
2051	Stadtweites Case Management	21 000		4 200	16 800
2052	Optimaler Berufseinstieg	1 000		200	800
2080	Organisation und Informatik	325 000		65 000	260 000
2500	PD Zentrale Verwaltung	38 200		7 600	30 600
2506	Blaue Zonen	5 900		1 200	4 700
2520	Stadtpolizei	1 775 000		355 000	1 420 000
2525	Stadtrichteramt	22 000		4 400	17 600
2550	Schutz und Rettung	475 000		95 000	380 000
2555	Dienstabteilung Verkehr	60 000		12 000	48 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	35 000		7 000	28 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	96 000		19 200	76 800
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	128 500		25 700	102 800
3500	TED Zentrale Verwaltung	30 000		6 000	24 000
3515	Tiefbauamt	362 300		72 500	289 800
3535	ERZ, Abwasser	265 000		53 000	212 000
3550	ERZ, Abfall	293 500		58 700	234 800
3555	ERZ, Fernwärme	25 500		5 100	20 400
3560	ERZ, Stadtreinigung	41 700		8 300	33 400
4000	HBD Zentrale Verwaltung	84 000		16 800	67 200
4015	Amt für Städtebau	70 000		14 000	56 000
4020	Amt für Hochbauten	180 000		36 000	144 000
4035	Amt für Baubewilligungen	64 000		12 800	51 200
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	289 000		57 800	231 200
4500	DIB Zentrale Verwaltung	25 000		5 000	20 000
4525	Wasserversorgung	125 000		25 000	100 000
4540	Verkehrsbetriebe	335 400		67 100	268 300
5000	SSD Zentrale Verwaltung	48 200		9 600	38 600
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	5 000		1 000	4 000
5010	Schulamt	467 900		93 600	374 300
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	32 700		6 500	26 200
5050	Schulgesundheitsdienste	71 700		14 300	57 400

5063	Fachschule Viventa	24 500		4 900	19 600
5500	SD Zentrale Verwaltung	51 000		10 200	40 800
5510	Support Sozialdepartement	32 000		6 400	25 600
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	18 000		3 600	14 400
5520	Laufbahnzentrum	50 000		10 000	40 000
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	98 000		19 600	78 400
5550	Soziale Dienste	285 000		57 000	228 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	152 100		30 400	121 700
	Total	7 336 200		1 467 100	5 869 100

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 59 Stimmen zu.

S. -	10	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG			
	3182 0000	Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
003.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014 inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		4 450 400		-4 450 400	Minderheit Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
		Begründung: Saldokürzung um 10 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle			

3182 0000 Entschädigungen für Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter					
Lineare Kürzung um 10 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-besserung	Budget neu
2016	Kompetenzzentrum RVZ	65 000		6 500	58 500
2022	Wohnliegenschaften	1 471 000		147 100	1 323 900
2025	Restaurants	1 130 000		113 000	1 017 000
2026	Bauland- u. Landres. nicht Stadt	5 000 000		500 000	4 500 000
2027	Gewerbe-Immobilien	2 255 000		225 500	2 029 500
2028	Liegenschaften Verwaltungsverm.	1 600 000		160 000	1 440 000
2031	Wohnsiedlungen	7 957 000	-3 000 000	495 700	4 461 300
2032	Parkhäuser	200 000		20 000	180 000
2506	Blaue Zonen	25 000		2 500	22 500
2520	Stadtpolizei	380 000		38 000	342 000
2555	Dienstabteilung Verkehr	610 000		61 000	549 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	200 000		20 000	180 000
3515	Tiefbauamt	6 104 800		610 500	5 494 300
3535	ERZ, Abwasser	1 205 000		120 500	1 084 500
3550	ERZ, Abfall	1 460 000		146 000	1 314 000
3555	ERZ, Fernwärme	3 060 000		306 000	2 754 000
4020	Amt für Hochbauten	450 000		45 000	405 000
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	13 161 000		1 316 100	11 844 900
4500	DIB Zentrale Verwaltung	20 000		2 000	18 000
4540	Verkehrsbetriebe	1 150 000		115 000	1 035 000
	Total	47 503 800	-3 000 000	4 450 400	40 053 400

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 66 gegen 59 Stimmen zu.

S. - **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3186 0000 **Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
004.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014	inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		2 625 600		-2 625 600	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)

Begründung: Saldokürzung um 30 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle

3186 0000 Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter im Zusammenhang mit Projektbegleitung, -beratung und Organisationsentwicklung					
Lineare Kürzung um 30 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1007	Finanzkontrolle	10 000		3 000	7 000
1020	Stadtkanzlei	70 000		21 000	49 000
1560	Statistik Stadt Zürich	60 000		18 000	42 000
2000	FD Zentrale Verwaltung	110 000		33 000	77 000
2015	Finanzverwaltung	200 000		60 000	140 000
2050	Human Resources Management	356 900		107 100	249 800
2051	Stadtweites Case Management	20 000		6 000	14 000
2080	Organisation und Informatik	2 816 000		844 800	1 971 200
2500	PD Zentrale Verwaltung	77 700		23 300	54 400
2520	Stadtpolizei	145 000		43 500	101 500
2550	Schutz und Rettung	160 000		48 000	112 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	100 000		30 000	70 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	268 500		80 600	187 900
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	8 400		2 500	5 900
3515	Tiefbauamt	1 600 000		480 000	1 120 000
3535	ERZ, Abwasser	37 500		11 300	26 200
3550	ERZ, Abfall	347 500		104 300	243 200
3555	ERZ, Fernwärme	18 500		5 600	12 900
3560	ERZ, Stadtreinigung	14 000		4 200	9 800
4000	HBD Zentrale Verwaltung	45 000		13 500	31 500
4015	Amt für Städtebau	113 000		33 900	79 100
4020	Amt für Hochbauten	100 000		30 000	70 000
4040	Immobilien-Bewirtschaftung	345 000		103 500	241 500
4500	DIB Zentrale Verwaltung	25 000		7 500	17 500
4525	Wasserversorgung	75 000		22 500	52 500
5000	SSD Zentrale Verwaltung	65 400		19 600	45 800
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	20 000		6 000	14 000
5010	Schulamt	803 500		241 100	562 400
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	15 000		4 500	10 500
5050	Schulgesundheitsdienste	106 000		31 800	74 200
5063	Fachschule Viventa	15 000		4 500	10 500
5510	Support Sozialdepartement	30 000		9 000	21 000
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	200 000		60 000	140 000
5520	Laufbahnenzentrum	63 300		19 000	44 300
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	50 000		15 000	35 000

5550	Soziale Dienste	200 000		60 000	140 000
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	60 000		18 000	42 000
	Total	8 751 200		2 625 600	6 125 600

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 36 Stimmen zu.

S. - **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
3189 0000 **Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter**

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
005. Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2014 inkl. Nachtrag			
	10 060 800		-10 060 800	Minderheit
	6 000 000		-6 000 000	Mehrheit
				Dr. Urs Egger (FDP) Referent, Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP) Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: FDP/SVP: Saldokürzung um 20 %, Budgetkürzungen gemäss nachfolgender Tabelle
 AL/SP/Grüne/GLP: Der IT-Aufwand (Budget) ist bis zur Erreichung eines ausgeglichenen Budgets auf 230 Millionen gemäss Liste OIZ zu plafonieren. Die Kürzung des IT-Aufwands um 2,5 Prozent (6 von 236 Millionen) wird auf fünf Konten Entschädigungen IT-Leistungen Dritter vorgenommen. Nach der verwaltungsinternen Definition der Projekte, die gestrichen bzw. verschoben werden, sind den zuständigen Instanzen Budgetübertragungen zu beantragen.

3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter (Antrag FDP/ SVP)					
Lineare Kürzung um 20 %					
Institution	Bezeichnung	Budget bisher	Novemberbrief	Verbesserung	Budget neu
1000	Gemeinde	40 000		8 000	32 000
1005	Gemeinderat	156 000		31 200	124 800
1007	Finanzkontrolle	5 000		1 000	4 000
1020	Stadtkanzlei	1 160 000		232 000	928 000
1035	Datenschutzbeauftragte/r	42 700		8 500	34 200
1070	Betreibungsämter	12 800		2 600	10 200
1080	Friedensrichterämter	12 900		2 600	10 300
1500	PRD Zentrale Verwaltung	23 000		4 600	18 400
1501	Kultur	301 000		60 200	240 800
1505	Stadtentwicklung	10 000		2 000	8 000
1530	Bevölkerungsamt	5 000		1 000	4 000
1560	Statistik Stadt Zürich	500 000		100 000	400 000
1561	Projektstab Stadtrat im PRD	5 000		1 000	4 000
1565	Stadtarchiv	140 000		28 000	112 000
2000	FD Zentrale Verwaltung	22 000		4 400	17 600
2015	Finanzverwaltung	95 000		19 000	76 000
2016	Kompetenzzentrum RVZ	20 000		4 000	16 000
2021	Liegenschaftenverwaltung	690 000		138 000	552 000
2050	Human Resources Management	366 800		73 400	293 400
2051	Stadtweites Case Management	10 000		2 000	8 000
2080	Organisation und Informatik	27 256 900		5 451 400	21 805 500
2506	Blaue Zonen	335 000		67 000	268 000

2520	Stadtpolizei	2 150 000		430 000	1 720 000
2525	Stadtrichteramt	300 000		60 000	240 000
2550	Schutz und Rettung	884 300		176 900	707 400
2555	Dienstabteilung Verkehr	290 000		58 000	232 000
3000	GUD Zentrale Verwaltung	80 000		16 000	64 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	150 000		30 000	120 000
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	92 000		18 400	73 600
3500	TED Zentrale Verwaltung	4 000		800	3 200
3515	Tiefbauamt	500 000		100 000	400 000
3535	ERZ, Abwasser	1 348 000		269 600	1 078 400
3550	ERZ, Abfall	1 141 000		228 200	912 800
3555	ERZ, Fernwärme	340 000		68 000	272 000
3560	ERZ, Stadtreinigung	345 000		69 000	276 000
4000	HBD Zentrale Verwaltung	1 004 000		200 800	803 200
4015	Amt für Städtebau	379 000		75 800	303 200
4540	Verkehrsbetriebe	684 200		136 800	547 400
5000	SSD Zentrale Verwaltung	3 005 900		601 200	2 404 700
5010	Schulamt	495 000		99 000	396 000
5050	Schulgesundheitsdienste	2 000		400	1 600
5510	Support Sozialdepartement	2 300 000		460 000	1 840 000
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	2 950 000		590 000	2 360 000
5530	Kindes- und Erw.schutzbehörde	650 000		130 000	520 000
	Total	50 303 500		10 060 800	40 242 700

3189 0000 Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter					
(Antrag AL/SP/Grüne/GLP)					
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bisher	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
2080	Organisation und Informatik	27 256 900		3 000 000	24 256 900
2520	Stadtpolizei	2 150 000		750 000	1 400 000
4000	HBD Zentrale Verwaltung	1 004 000		500 000	504 000
5000	SSD Zentrale Verwaltung	3 005 900		1 250 000	1 755 900
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	2 950 000		500 000	2 450 000
	Total	36 366 800		6 000 000	30 366 800

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat (gemäss Budgetentwurf 2014)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit (-6 000 000)	71 Stimmen
Antrag Minderheit (-10 060 800)	<u>54 Stimmen</u>
Total	125 Stimmen
= absolutes Mehr	63 Stimmen

Damit ist dem Antrag Mehrheit zugestimmt.

4572. 2013/420

Postulat von Walter Angst (AL) vom 27.11.2013: Definierung eines Budget-Plafonds für alle IT-relevanten Ausgaben der laufenden Rechnung

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 4523/2013).

Es wird weder ein Ablehnungs- noch ein Textänderungsantrag gestellt.

Damit ist das Postulat dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

4564.

BEHÖRDEN- UND GESAMTVERWALTUNG

S. 97 **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
 1005 **Gemeinderat**
 3189 0000 **Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
007.	Antrag Stadtrat	100 000		156 000 56 000	Zustimmung	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)

Begründung: Verzicht auf Rückfragen-Tool RPK

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 125 gegen 0 Stimmen zu.

S. 97 **10** **BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG**
 1005 **Gemeinderat**
 3194 0101 **Gemeinderats-Präsidentenempfang im Quartier**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
008.	Antrag Stadtrat			20 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
		10 000		10 000	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP) Referent, Dr. Daniel Regli (SVP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL)

Begründung: Halber Betrag muss angesichts der Finanzlage reichen

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 24 Stimmen zu.

S. 98	10 1007 3180 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Finanzkontrolle Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
009.	Antrag Stadtrat		25 000		50 000 25 000	Zustimmung
						Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP) Referentin, Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Verzicht auf Reservenbudgetierung			

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 123 gegen 0 Stimmen zu.

S. 102	10 1015 3194 0000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Stadtrat Freier Kredit				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
010.	Antrag Stadtrat		65 000		700 000 635 000	Mehrheit
			200 000		500 000	Minderheit 1
			700 000		0	Minderheit 2
			Begründung: SVP: Nicht transparentes Konto und angesichts der Finanzlage nicht zwingend; SP/Grüne: Alter Betrag ausreichend; GLP/FDP/AL: Verzicht angesichts der Finanzlage			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat	(700 000)	0 Stimmen
Antrag Mehrheit	(635 000)	54 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(500 000)	45 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>26 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen
Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag des		

Stadtrats ausgeschieden.

2. Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Mehrheit	(635 000)	54 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(500 000)	45 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>26 Stimmen</u>
Total		125 Stimmen
= absolutes Mehr		63 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 3. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

3. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 1 wird mit 71 gegen 54 Stimmen zugestimmt.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 199, Protokoll-Nr. 4564/2013).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

4573. 2013/440

Postulat von Walter Angst (AL) vom 11.12.2013: Verhaltenskodex für Vertragspartnerinnen und Vertragspartner der Stadt, standardmässige Überprüfung der Einhaltung von Gesetzen und Normen

Von Walter Angst (AL) ist am 11. Dezember 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie die im Verhaltenskodex für VertragspartnerInnen der Stadt Zürich zwingend verlangte Einhaltung von Gesetzen und Normen standardmässig überprüft werden kann. Geklärt werden soll insbesondere, in welcher Form schon vor der Vergabe geklärt werden kann, ob die an der Submission teilnehmenden Firmen die geltenden Arbeits- und Lohnbedingungen einhalten. Zudem soll geklärt werden, wie die VertragspartnerInnen im Verhaltenskodex verpflichtet werden können, Lohnbuchkontrollen und deren Ergebnisse der Stadt unaufgefordert zu melden.

Begründung:

Im März 2010 hat der Stadtrat einen Verhaltenskodex für VertragspartnerInnen erlassen. Dieser sieht vor, dass die „geltenden Arbeitsschutzbestimmungen und Arbeitsbedingungen“ eingehalten werden (Art. 1.1.). Die dem Verhaltenskodex angehängte und von den VertragspartnerInnen zu unterzeichnende Verpflichtungserklärung sieht vor,

- dass sie/er den Verhaltenskodex der Stadt Zürich vollumfänglich und ohne Änderungen jeglicher Art

akzeptiert und einhält

- dass sie/er mit geeigneten Massnahmen garantiert und sicherstellt, dass ihre/seine Subunternehmer und Zulieferanten (Dritte) den Verhaltenskodex der Stadt Zürich zur Kenntnis nehmen und einhalten
- dass die Stadt Zürich sowie eine durch diese beauftragte externe Stelle jederzeit die Vertragspartnerin/den Vertragspartner auffordern kann, Nachweise für die Einhaltung der Bestimmungen des Verhaltenskodexes vorzulegen
- dass die Stadt Zürich sowie eine durch diese beauftragte externe Stelle die Einhaltung der Bestimmungen des Verhaltenskodexes jederzeit sowohl bei der Vertragspartnerin/beim Vertragspartner als auch deren/dessen Subunternehmen und Zulieferanten (Dritte) überprüfen kann

Sowohl bei den Reinigungsarbeiten in der Kehrichtverbrennungsanlage Hagenholz als auch bei der Stadtreinigung scheint die Stadt zwar die entsprechende Verpflichtungserklärung eingefordert, die vorgesehenen Kontrollen aber nicht durchgeführt zu haben. Um glaubhaft gegen Lohndumping und unlautere Konkurrenzierung des lokalen Gewerbes vorgehen zu können, sind die im Verhaltenskodex aufgeführten und von den VertragspartnerInnen anerkannten Kontrollen durchzuführen und Voraussetzungen zu schaffen. Zudem sind Voraussetzungen zu schaffen, dass schon bei der Vergabe geprüft werden kann, ob die Firmen die geltenden Arbeits- und Lohnbedingungen einhalten.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

4574. 2013/95

Weisung vom 20.03.2013:

Liegenschaftsverwaltung, Verlängerung von zwölf vor dem Jahr 2030 ablaufenden Baurechtsverträgen mit gemeinnützigen Bauträgerschaften

Der Stadtrat zieht die Weisung zurück.

Nächste Sitzung: 11. Dezember 2013, 17 Uhr.